

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 16.02.2009
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen laut Geschäftsordnung
5. Bebauungsplan Nr. 0-78 "Gewerbepark Nordwest 1. Abschnitt", Vorentwurf
Vorlage: 2009 0501
6. Gebühren Tagespflege
Vorlage: 2009 0486
7. 1. Änderung der Friedhofsgebührensatzung
Vorlage: 2009 0506
- 7.1. 1. Änderung der Friedhofsgebührensatzung
Vorlage: 2009 0506/1
8. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen -
Aufwandsspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2009 0496
- 8.1. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen -
Aufwandsspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2009 0496/1
9. 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die
dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Burgdorf vom 15.11.1990
Vorlage: 2009 0498
10. Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres
2008
Vorlage: 2009 0503
11. Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 2009 0502
12. Jahresrechnung 2008 - Bericht -
13. NKR: Entwurf Produktbuch
14. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Rohde eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Walter bat darum, die Vorlage 0502 (TOP 11) zu vertagen.

Herr Philipps erklärte, dass die Vorlage 0508 unter TOP 3 – Mitteilungen des Bürgermeisters – behandelt werde.

Zu dem Hinweis von **Frau Ethner**, dass die Vorlage 0486 (TOP 6) im Mai noch einmal im Jugendhilfeausschuss beraten werde, erklärte **Herr Streckler**, dass die Beratung im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen trotzdem erfolgen könne.

Frau Vierke bat darum, die Ergänzungsvorlagen zu TOP 7 und 8 ebenfalls auf die Tagesordnung zu setzen.

Mit diesen Änderungen wurde die Tagesordnung in der dieser Niederschrift vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 16.02.2009

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 16.02.2009 wurde mit 1 Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Philipps erläuterte die in der Vorlage 0508 aufgeführten möglichen Maßnahmen, die im Rahmen des Konjunkturpaketes II durchgeführt werden könnten. Nach Festlegung der entsprechenden Maßnahmen durch die Politik müsse ein Nachtragshaushalt für die in 2009 und 2010 abzuwickelnden Maßnahmen aufgestellt werden. Nach Beschlussfassung durch den Rat – also bereits vor Genehmigung durch die Kommunalaufsicht – kann mit der Umsetzung der Maßnahmen begonnen werden.

Herr Baxmann schlug vor, mit den einzelnen Projekten nicht in die jeweiligen Fachausschüsse zur Beratung zu gehen, sondern in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe einen Prioritätenkatalog zu entwickeln, damit nach Möglichkeit die Hälfte der Maßnahmen auch noch in 2009 abgewickelt werden kann.

Hierzu erklärte **Herr Pilgrim**, dass er in seiner Fraktion abklären müsse, ob auf eine Beratung in den jeweiligen Fachausschüssen verzichtet werden könne.

Her Lahmann gab zu bedenken, dass die Maßnahmen auch rechtzeitig beauftragt und evtl. auch noch ausgeschrieben werden müssen. Manche Maßnahmen können nur in den Sommerferien durchgeführt werden, so dass eine schnelle Beschlussfassung eines Nachtragshaushalts erforderlich sei.

Nach kurzer Diskussion einigte der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen sich darauf, den Zeitplan für die Erarbeitung der Prioritätenliste und Aufstel-

lung des daraus resultierenden Nachtragshaushalts am 24.03.09 im Verwaltungsausschuss festzulegen.

4. **Anfragen laut Geschäftsordnung**

- k e i n e -

5. **Bebauungsplan Nr. 0-78 "Gewerbepark Nordwest 1. Abschnitt", Vorentwurf Vorlage: 2009 0501**

Frau Herbst erläuterte den aufgestellten Vorentwurf zum Bebauungsplan und erklärte, in welchen Bereichen sich welche Gewerbebetriebe ansiedeln können bzw. dürfen.

Auf Nachfrage von **Herrn Rohde** erklärte sie, dass eine Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms wegen der Zulässigkeit von Möbeleinzelhandel erforderlich sei. Das entsprechende Verfahren dazu sei eingeleitet. Nach Abschluss müsse das Innenministerium dann das Regionale Raumordnungsprogramm genehmigen.

Weitere Verständnisfragen zum Vorentwurf bzw. dem darin enthaltenem Umweltbericht wurden von **Frau Herbst** bzw. **Herrn Trappmann** beantwortet.

Herr Rohde stellte fest, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen den Vorentwurf des Bebauungsplans zur Kenntnis genommen habe.

6. **Gebühren Tagespflege Vorlage: 2009 0486**

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen **Beschluss**:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat der Stadt Burgdorf, den nachstehenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie die Zahlung von Aufwandsentschädigungen für die Tagespflege der Stadt Burgdorf. Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2009 in Kraft.“

7. **1. Änderung der Friedhofsgebührensatzung Vorlage: 2009 0506**

7.1. **1. Änderung der Friedhofsgebührensatzung Vorlage: 2009 0506/1**

Frau Vierke erläuterte die Vorlagen 0506 und 0506/1.

Zur Vorlage 0506/1 schlug **Herr Walter** vor, die Kapellennutzung nach Ab-

sprache zu vergeben und hier keine zeitliche Begrenzung vorzunehmen.

Auch **Herr Pilgrim** sprach sich dafür aus, auf eine zeitliche Begrenzung der Kapellennutzung in der Satzung zu verzichten. Die künftige Anlegung von Baumgräbern und die hierzu aufgestellte Kalkulation könne er nur begrüßen.

Frau Vierke erklärte, dass sich an Donnerstagen und Freitagen die Beisetzungen häufen und schon eine zeitliche Limitierung vorgesehen sein müsse. In der Vergangenheit habe es hier allerdings bisher keine Probleme gegeben. Wenn mit einer längeren Nutzungsdauer der Kapelle gerechnet werde, würde dieses bereits von den Bestattern entsprechend angemeldet und diese Beisetzungen werden dann an den Schluss des Tages gelegt, so dass auch hier bisher keinerlei Probleme aufgetreten seien. Die Nutzungsdauer in der Satzung sei auch mit einer Circa-Angabe versehen, so dass bei kurzfristiger Überschreitung von ½ Stunde auch keine weitere Gebühr für die Kapellennutzung anfalle.

Anschließend fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

„Dem § 1 (Gebühren für Baumgräber) in der 1. Änderung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Burgdorf (Friedhofsgebührensatzung) stimmte der Ausschuss einstimmig zu. § 2 (Gebühr für die Benutzung Kapelle) wurde zur Kenntnis genommen.“

**8. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2009 0496**

**8.1. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2009 0496/1**

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen schließt sich folgendem Beschlussvorschlag zu 2. der Vorlage an:

Der Rat beschließt, den Aufwand für die selbständig nutzbaren Teileinrichtungen (Beleuchtung) / Abschnitte bei den in der Vorlage genannten Anlagen (Straßen) gesondert zu ermitteln.“

**9. 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Burgdorf vom 15.11.1990
Vorlage: 2009 0498**

Nach kurzer Erläuterung der Vorlage durch **Herrn Philipps** fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, die 6. Satzung über die Erhebung von Gebühren

für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Burgdorf vom 15.11.1990 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage-Nr. 2009 0498 ergebenden Fassung zu erlassen.'

10. Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2008
Vorlage: 2009 0503

Herr Pilgrim fragte nach, wie es bei zwei im Vermögenshaushalt notwendigen überplanmäßigen Haushaltsstellen zu Missverständnissen bei der Übernahme von Haushaltsresten kommen konnte.

Hierzu erklärte **Herr Hammermeister**, dass diese Missverständnisse durch den Softwarewechsel von UVN-Fin zu H & H entstanden seien und künftig nicht mehr auftreten können.

Anschließend fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen nimmt von der Vorlage Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat, nachfolgend aufgeführten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf nimmt den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis und stellt fest, dass die gem. § 89 Abs. 1 NGO vorgeschriebene Unterrichtung des Rates erfolgt ist.‘

11. Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 2009 0502

- a b g e s e t z t -

12. Jahresrechnung 2008 - Bericht -

Herr Philipps erklärte, dass der Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2008 fast fertiggestellt sei und mit einem positiven Ergebnis abschlieÙe.

Anschließend präsentierte **Herr Hammermeister** anhand von Folien das Ergebnis des Jahresabschlusses 2008. Der Verwaltungshaushalt schließt mit einem Ergebnis von 50.413.576,16 € ab, was gegenüber dem Haushaltssoll von 52.195.600,00 € Mindereinnahmen und –ausgaben von 1.782.023,84 € entspricht. Im Vermögenshaushalt liegt das Ergebnis der Einnahmen und Ausgaben bei 12.112.593,26 €. Das entspricht Minderein- und –ausgaben gegenüber dem Haushaltsplan von 2.021.806,74 €. Zu der im Haushaltsplan festgesetzten Zuführung an den Vermögenshaushalt von 1.082.200 € konnte noch ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 1.169.120,23 € dem Vermögenshaushalt zugeführt werden.

Der Schuldenstand am 01.01.2008 betrug 12.541.520,27 €. Nach Abzug der Tilgungsleistungen in Höhe von 418.062,20 € ergibt sich ein tatsächlicher Schuldenstand am 31.12.2008 von 12.123.458,07 €. Für noch zu tätige Investitionen musste ein Haushaltseinnahmerest für die Aufnahme von Dar-

lehen in Höhe von 1.300.000,00 € gebildet werden, so dass sich ein rechnerischer Schuldenstand von 13.423.458,07 € ergibt.

Der Rücklagenbestand am 01.01.2008 betrug 5.477.688,39 €. Laut Haushaltsplan 2008 wurde eine Rücklagenentnahme von 2.100.000,00 € getätigt, zur Deckung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben mussten 39.549,13 € entnommen werden und beim Jahresabschluss war noch eine Entnahme von 1.849.696,08 € erforderlich. Zum 31.12.2008 beträgt der Rücklagenbestand somit 1.488.443,18 €. Nach Abzug des Pflichtbestandes von 489.125,00 € verbleiben somit noch 999.318,18 € als freie Mittel für künftige Investitionen.

Größere Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt waren u.a. beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+ 314.412 €), den Zinsen für Girokonto und Festgelder (+ 198.838 €), Konzessionsabgabe Strom (+ 99.971 €) und den Schlüsselzuweisungen (+ 30.344 €) zu verzeichnen. Größere Mindereinnahmen ergaben sich bei der Konzessionsabgabe Gas (- 69.472 €), Gebühren für Schmutzwasserbeseitigung (- 199.090 €) sowie bei den Gewerbesteuern (- 580.359 €).

Im Vermögenshaushalt waren Mehreinnahmen aus der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von 1.889.245 € sowie bei der Zuführung vom Verwaltungshaushalt von 1.169.120 € zu verzeichnen. Mindereinnahmen ergaben sich bei der Veräußerung von unbebauten Grundstücken in Höhe von 936.848 € sowie bei Umschuldungen von 1.265.311 € und der Aufnahme von Krediten vom Kreditmarkt in Höhe von 2.905.000 €.

Der Rechenschaftsbericht mit den entsprechenden Erläuterungen werde nach Fertigstellung zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vorgelegt.

13. **NKR: Entwurf Produktbuch**

Herr Pilgrim regte an, die städtischen Kindergärten als ein Produkt zusammen zu fassen. Nach kurzer Diskussion bat **Herr Philipps** die Ausschussmitglieder, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen entsprechende Anregungen bzw. Wünsche zum Produktbuch vorzutragen. Vor den Sommerferien solle dann eine Information der Ratsmitglieder über das NKR stattfinden.

14. **Anregungen an die Verwaltung**

Herr Rohde erkundigte sich nach der Anzahl der Sitzplätze bei Schlosskonzerten. Hierzu erklärte **Herr Strecker**, dass bis 199 Sitzplätze nach dem Versammlungsstättengesetz möglich seien, aber für max. 170 Sitzplätze im Ratssaal Platz sei, da die Künstler ja auch noch einen gewissen Bereich des Saales in Anspruch nehmen würden.

Herr Lüddecke bat den Bürgermeister, für die unter TOP 3 vorgeschlagene interfraktionelle Arbeitsgruppe einen Terminvorschlag im Verwaltungsausschuss am 24.03. vorzulegen, da am 30.03. die Osterferien beginnen würden.

Herr Rohde erklärte, dass auch gemeinsame Sitzungen von Fachausschüssen stattfinden könnten, um die Beratungen zu beschleunigen. Die Verwaltung solle hierzu im Verwaltungsausschuss einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Herr Leppert erkundigte sich, wer bei schlechtem Wetter die endgültige Entscheidung zur Sperrung der öffentlichen Fußballplätze treffe. Hierzu erklärte **Herr Baxmann**, dass diese Entscheidung grundsätzlich der Besitzer der Plätze treffe.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Stadtrat
in

Ausschussvorsitzender

Protokollführer